

GO / TO - Antrag / StaVo 13.11.2023

Rede Sabine

Ich beantrage einen zusätzlichen TOP aufzunehmen und zu behandeln: Unseren Antrag

„Soziale Kürzungspläne im Bundeshaushalt zurücknehmen“

Ich will das in zwei Punkten begründen:

Erstens es eilt!

Zweitens Wir werden als Kommune betroffen sein.

Erstens: entgegen der Erwartungen von sozial engagierten Politiker*innen und Verbänden, sind auch nach der ersten Lesung und den Ausschussberatungen und Bereinigungssitzungen noch immer erhebliche Kürzungen im Sozialbereich im Bundeshaushalt 2024 enthalten. Die vorerst letzte Chance, daran mit entsprechenden Anträgen der Fraktionen noch etwas zu ändern, ist die zweite Lesung, die am 26.11. beginnt und mit der Schlussabstimmung am 1.12. endet. Noch vor unserer nächsten Stadtverordnetenversammlung. Deshalb wollen wir, dass unser Antrag heute behandelt wird.

Zweitens: Wir hatten die Hoffnung, dass es ein gemeinsamer Antrag der Demokrat*innen hier in der SatVo werden könnte, aber SPD, GRÜNE und FDP haben abgewinkt, weil der Bundeshaushalt nicht in den Zuständigkeitsbereich der StaVo fällt.

Das ist insofern formal natürlich richtig, als wir nicht über den Bundeshaushalt beschließen. Aber es ist inhaltlich wirklich falsch, weil sich die Auswirkungen vor allem in den Kommunen niederschlagen.

Ich finde, wir sind es den Menschen in unserer Stadt schuldig, jede Gelegenheit zu nutzen uns gegen Sozialabbau zu positionieren. Es sind Bewohner*innen von Kassel, die auf Beratung und Unterstützung angewiesen sind, die ein Recht auf **soziale** Leistungen haben und den Wunsch an Arbeit und gesellschaftlichem Leben teilzuhaben.

Wer am dritten Forum des Paktes gegen Armut teilgenommen hat, konnte schon sehr deutlich vernehmen, wie gravierend sich der Wegfall von Bundesmitteln bei sozialen

Trägern hier auswirken werden. Da werden befristete Stellen nicht verlängert und wichtige Fachkräfte gehen verloren. Bei Caritas fürchtet man für immer.

Es sind erheblich Einschnitte beim Jobcenter geplant – noch weniger Möglichkeiten für die Eingliederung von Erwerbslosen, für persönliche Beratung und Betreuung, obwohl wir wissen, dass das das A und O ist, um händeringend gesuchten Arbeitskräfte zu finden.

Und im Bereich Integration und Migrationsberatung soll massiv gekürzt werden – fast um ein Drittel! Die Hilfe für traumatisierte und psychisch kranke Geflüchtete um die Hälfte! Das kann die Kommune ja kaum ausgleichen.

Der Bund will auch seine pauschale Beteiligung an der Pflegeversicherung um 1 Milliarde Euro kürzen. Eigenanteile werden steigen, mehr Pflegebedürftige können die nicht zahlen und die Stadt muss mehr Hilfe zur Pflege aufbringen.

Und das sind nur drei Bereiche von vielen und Grund genug, dass wir es dem Rat der Stadt Dortmund gleich tun:

Vor einem Monat haben sich die Dortmunder Ratsfraktionen CDU, SPD, Grüne, Linke+ und „Die Partei“ in einem gemeinsamen Antrag von den Plänen von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) distanzier. Gleichzeitig haben sie die Bundesregierung zur Beibehaltung der aktuellen Förderungen im Sozialbereich aufgefordert.

Damit hat sich die Kommunalpolitik in Dortmund mit großer Mehrheit an die Seite Wohlfahrtsverbände gestellt die eindringlich vor den Konsequenzen dieser Mittelkürzungen warnen.

Wir wollen, das dieses Signal auch von Kassel ausgeht.